



**FRAGE**

---

**Viele Ökonomen streiten derzeit über den möglichen Verlauf der aktuellen Rezession. Wie schätzen Sie den möglichen Verlauf der aktuellen Wirtschaftskrise ein. Expecten Sie eine V, W, L oder U-förmige Konjunktorentwicklung?**

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:  
Die Selbstheilungskräfte wirken bereits.

**Dr. Klaus Schrüfer** Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Nach einer leichten Erholung - Lagerzyklus, Wirksamwerden der umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen - dürfte sich die Konjunktur unter größeren Schwankungen nur langsam erholen. Die sehr expansiven Effekte von Seiten der Geld- und Fiskalpolitik können nicht dauerhaft wiederholt werden. Vielmehr wird es mit Zinserhöhungen und einer Reduzierung der Neuverschuldung auch bremsende Effekte geben. Zudem belastet die deutlich steigende Arbeitslosigkeit die Stimmung und Ausgabenbereitschaft der privaten Haushalte.

**Prof. Dr. Clemens Fuest** Direktor, University of Oxford Centre for Business Taxation:

Die fiskalischen Impulse werden Wirkung zeigen, aber danach wird es wieder schwieriger.

**Volker Hofmann** Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Massive wirtschaftspolitische Impulse (Geld- und Fiskalpolitik) stoßen die Konjunktur an. Konjunkturpolitisch angefachte Erholung kann aber schnell wieder erlahmen (Strohfeuer) zumal angesichts der massiven Impulse auch eine frühe wirtschaftspolitische Rückzugsstrategie angezeigt ist.

**Prof. Dr. Thomas Apolte** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Deutschland ist im internationalen Vergleich heute relativ gut positioniert und die Arbeitsmärkte sind durch die Hartz-Gesetze flexibler geworden. Wenn sich die Zeichen einer weltweiten Aufhellung mehren, könnte es in Deutschland rasch besser werden.

**Prof. Dr. Alfred Greiner** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Universität Bielefeld:

Ein V-förmiger Verlauf ist wahrscheinlich, wobei die Erholung Ende 2010 beginnen dürfte.

**Andreas Rees** UniCredit Markets & Investment Banking, HypoVereinsbank - Member of UniCredit:

Der starke Lagerabbau der Unternehmen ist bereits fast vollständig abgeschlossen; hinzu kommen die rekordhohen Fiskalpakete weltweit, die nach der Sommerpause ihre Wirkung entfalten sollten. Folge ist eine zunächst kräftige Erholung. Da die staatlichen Ausgabenprogramme aber 2010 wieder auslaufen und der US-Konsument sehr stark verschuldet ist, besteht die Gefahr eines W-Szenarios (Strohfeuer).



**Dr. Holger Schmieding** Chefvolkswirt, Bank of America:

Weder noch. Der Aufstiegswinkel wird weniger steil sein, als es der Absturz war. V passt also nicht ganz. Eine Mischung aus V und L würde das Szenario eines spürbaren Wiederanstiegs, der aber weit weniger steil ist als der Absturz, am besten ausdrücken.

**Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen** Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Ein W ist ein doppeltes V und ein L ist auf mittlere Sicht ein U und wird langfristig auch zum V!

**Prof. Dr. Heinz Gert Preusse** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Universität Tübingen:

Im Bankensystem zeigen sich erste Anzeichen der Stabilisierung der Lage, die expansiven Maßnahmen weltweit werden unter diesen Bedingungen in der zweiten Jahreshälfte wirksam werden.

**Prof. Dr. Siegfried Hauser** Direktor der Abteilung für empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Bis zu einem richtigen Aufschwung entstehen "Minikonjunkturwellen".

**Dr. Roland Döhrn** Leiter des Kompetenzbereichs "Wachstum und Konjunktur", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Aufschwünge nach Rezessionen, die ihren Ursprung in Problemen am Finanzmarkt haben, sind erfahrungsgemäß zäh.

**Prof. Dr. Johannes Schneider** Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Katholische-Universität Eichstätt-Ingolstadt:

Weder noch, sondern *ceteris paribus* eine langsame Erholung ab 2010.

**Dr. Alfred Boss** Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

V-förmig trifft meine Vorstellung nur begrenzt. Der Tiefpunkt des V wird sich wohl über einige Quartale erstrecken. Die Geld- und die Finanzpolitik in fast allen Ländern sind extrem expansiv ausgerichtet. Die Bankensanierung benötigt aber wohl noch einige Zeit mit der Folge eines zeitweise recht flachen Verlaufs der gesamtwirtschaftlichen Produktion.

**Prof. Dr. Christoph M. Schmidt** Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Aufschwünge nach Rezessionen im Gefolge von Finanzmarktkrisen sind erfahrungsgemäß zäh.

**Prof. Dr. Kai Carsensen** Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung :

Ich erwarte für die kommenden Quartale annähernd eine Seitwärtsbewegung, wobei allerdings das kommende Winterhalbjahr noch einmal leichte Minusraten bringen dürfte, weil der Konsum infolge der steigenden Arbeitslosigkeit in Mitleidenschaft gezogen wird. Erst im Verlauf von 2010 wird dann die Erholung beginnen, allerdings sehr zaghaf.



**Dr. Hans-Joachim Haß** Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.:

Gigantische weltweite Konjunkturprogramme werden kurz- bis mittelfristig Wirkung entfalten. Nach Auslaufen droht jedoch gewisser Rückschlag, bevor es dann wieder richtig aufwärts geht.

**Stefan Maly** Analyst, Cortal Consors S. A.:

Es sind erhebliche Überkapazitäten im verarbeitenden Gewerbe vorhanden, die abgebaut werden müssen. Zudem ist in den USA eine deutliche Erhöhung der privaten Sparquote zu erwarten. Damit fällt langfristig eine wichtige Quelle globalen Wachstums deutlich zurück, nämlich der US-Konsum. Schließlich sind die Probleme des Finanzsektors höchstens ansatzweise gelöst. Hier sind weiterhin Einschränkungen bei der Kreditversorgung der Unternehmen zu erwarten. Alle drei Faktoren zusammen belasten das potentielle Wirtschaftswachstum erheblich. Deshalb ist nur eine langsame Erholung der Wirtschaft nach dem Ende der Krise zu erwarten.

**Wolfgang Pflüger** Chef-Volkswirt, Berenberg Bank:

Keines von denen, sondern in der Form eines Hockey-Schlägers, also längere Phase der Bodenbildung/Stabilisierung, die dann in 2010 von einem gemäßigten Aufschwung abgelöst wird.

**Prof. Dr. Ansgar Belke** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Die weltweit aufgelegten Konjunkturprogramme und expansiven geldpolitischen Maßnahmen der Notenbanken werden zum sich abzeichnenden Ende der wirtschaftlichen Talfahrt beitragen. Vor allem sprechen aber auch die niedrigen Rohstoffpreise und die dadurch sinkenden Inflationsraten für eine graduelle Stabilisierung der Weltwirtschaft. Konterkariert wird diese positive Konjunktorentwicklung durch die Schwäche des Konsums und ansteigende Arbeitslosigkeit, die wir im weiteren Verlauf noch sehen werden. Erst 2010/11 wird die eigentliche Besserung erfolgen, wobei für dieses Szenario der konjunkturellen Entwicklung allerdings eine Rückkehr des Vertrauens in die Finanzmärkte eine wesentliche Voraussetzung ist.

**Dr. Stefan Kooths** Abteilung Konjunktur, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung:

Die weitere Entwicklung der deutschen Konjunktur hängt zuvorderst von der Wiederbelebung des Welthandels und dem Wiederanspringen der weltweiten Investitionstätigkeit ab. Dies wiederum setzt voraus, dass Unternehmen nicht aus Sorge einer zukünftigen Kreditverknappung Investitionsprojekte weiterhin aufschieben. Hierzu ist eine durchgreifende Bereinigung der Geschäftsbankenbilanzen um illiquide Vermögenspositionen unerlässlich. Ein solcher Prozess dürfte allerdings nur nach und nach zu bewerkstelligen sein. Von daher erscheint derzeit eine zögerliche weitere Entwicklung mit allenfalls mäßiger Expansion der ökonomischen Aktivität als wahrscheinlichster Verlauf.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Staatliche Maßnahmenpakete dämpfen gegenwärtig das Ausmaß der Rezession und tragen dazu bei, eine gesamtwirtschaftliche Seitwärtsbewegung zu erreichen. Allerdings sind seitens des privaten Sektors weiterhin keine Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung erkennbar. Eine schwache Kapazitätsauslastung, wirtschaftliche Probleme bei wichtigen Handelspartnern sowie ein voranschreitender Beschäftigungsrückgang lassen bis ins nächste Jahr hinein keine Besserung der privaten Nachfrage erwarten. Im späteren Verlauf des Jahres 2010 ist ein Übergang von einer L-förmigen in eine langgezogene U-förmige Konjunktur zu erwarten.



**Catherine Stephan** Volkswirtschaftliche Abteilung , BNP Paribas:

We have now a drop of the demand and credit. Destocking is still an ongoing process. But thanks to fiscal policy quantitative monetary easing, in particular, the pace of contraction of investment and output will ease over the next quarters and GDP will rise next year.

**Lothar Heßler** Direktor Treasury Research, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG:

Die Fiskal- und Geldpolitik reagierten erheblich schneller als in den 90er Jahren in Japan.

**Prof. Dr. Joachim Möller** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre (Empirische Makroökonomie und Regionalökonomie), Universität Regensburg:

U-förmig; wir haben es mit keiner Strukturkrise, sondern mit einer nachfragebedingten Krise zu tun; das Produktportfolio der deutschen Wirtschaft stimmt mittel- und langfristig. Allerdings ist für eine Erholung in Deutschland das Wiederanspringen der Weltkonjunktur ausschlaggebend, da die Konjunkturprogramme einen Großteil der Unternehmen mit Absatzproblemen (Maschinen und Anlagenbauer z.B.) nicht erreichen.

**Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Leere Staatskassen und Zwang zu Reduzierung der Pro-Kopf-Verschuldung in vielen Ländern bei negativer demographischer Entwicklung, rückläufige Privatausgaben, gepaart mit Zwang zu weiterer Rationalisierung in den Unternehmen: Wir haben zu lange „über unsere Verhältnisse“ gelebt.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Bilanzprobleme im Bankensektor sind noch keineswegs gelöst. Zudem wird die Rezession der Realwirtschaft zu neuem Abschreibungsbedarf führen.

**Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann** Lehrstuhl am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Ein lahmendes V mit nur allmählichem Wiederanstieg, weil die Wechselwirkungen von Finanzkrise und Rezession risikoaverses Verhalten bei den Banken wie bei den Unternehmen und Verbrauchern begünstigen.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Die Anspannung auf den Geldmärkten hat abgenommen. Die EZB bleibt auf Expansionskurs und scheut sich nicht mehr vor einer Politik der "quantitativen Lockerung". Die beiden Konjunkturpakete werden allmählich Impulse geben. Die Weltwirtschaft dürfte etwas kräftiger wachsen als noch vor kurzem erwartet.

**Prof. Dr. Oliver Landmann** Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Ich erwarte eine U-förmige Konjunktorentwicklung (mit breitem Boden). Die Wirtschaft wird erst wieder richtig anspringen, wenn sich die Exportnachfrage erholt. Damit ist aber bei der jetzigen Verfassung der Weltwirtschaft nicht so schnell zu rechnen.



**Dr. Marco Bargel** Chefvolkswirt, Postbank AG:

Die USA fallen als globale Konjunkturlokomotive noch für einige Zeit aus. Die Erholung wird daher zäh verlaufen, wobei es wegen des Auslaufens von Konjunkturmaßnahmen auch zu Rückschlägen kommen wird.

**Dr. Jörg Krämer** Chefvolkswirt, Commerzbank:

Eher ein L: In den USA und in vielen westeuropäischen Länder werden die Häuserpreise bis weit in das kommende Jahr hinein fallen. Das belastet die Konsumenten und wird einen V-förmigen Aufschwung verhindern.

**Prof. Dr. Robert Schwager** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Es wird schon nicht so schlimm werden.

## **FRAGE**

---

**Die gesetzlichen Krankenkassen drängen angesichts der Konjunkturkrise und des erwarteten Defizits auf eine milliardenschwere Staatshilfe ohne Rückzahlungspflicht. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt lehnt dies ab und beharrt stattdessen auf der für den Gesundheitsfonds vorgesehenen Darlehensregel. Zu Recht?**

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Das Gesundheitswesen ist ohnehin ein Fass ohne Boden. Daran ändern auch noch so große Geschenke nichts.

**Dr. Klaus Schrüfer** Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Durch den Gesundheitsfonds hat die Regierung die Verantwortung für die Höhe des Beitragssatzes übernommen. Dies beinhaltet die Übernahme von Belastungen, die auf eine solch ausgeprägte Rezession zurückzuführen sind. Die damit verbundenen Mindereinnahmen können die Krankenkassen auch durch effizientes Wirtschaften nicht ausgleichen.

**Volker Hofmann** Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Staatliche Stützung sollte mit unverzichtbaren Strukturreformen in der GKV verbunden werden. Grundsätzlich sollten alle versicherungsfremden Leistungen (u. a. Kinder- und Familienleistungen) durch allgemeine Steuermittel finanziert werden. Die derzeitigen Regelungen führen jedenfalls zu sehr fragwürdigen Verteilungseffekten (Bsp.: Durch beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern zahlt ein Ehepaar, bei dem beide Eheleute berufstätig sind und ein Bruttogehalt von jeweils 3.675 EUR erhalten, einen doppelt so hohen Krankenversicherungsbeitrag wie ein Ehepaar mit einem identischen Brutto-Haushaltseinkommen (7.300 EUR), das aber von einem Alleinverdiener erzielt wird. Betrachtet man lediglich den Arbeitnehmeranteil zur Krankenversicherung, dann beläuft sich der Kostenunterschied zwischen beiden Familien gegenwärtig auf knapp 3.500 EUR im Jahr).



**Dr. Friedrich Heinemann** Leiter des Forschungsbereichs "Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft", Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Finanznot diszipliniert. Das gilt auch für gesetzliche Krankenkassen. Außerdem käme dann endlich der Wettbewerb über Zusatzbeiträge in Gang und die ineffizient agierenden Kassen werden identifiziert und durch Abwanderung abgestraft. Das ist wünschenswert.

**Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen** Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Das Gesundheitssystem ist halt ein Parafiskus und kein normaler Budgetposten.

**Prof. Dr. Johann Eekhoff** Lehrstuhl am Wirtschaftspolitischen Seminar, Universität Köln:

Es muss bei der klaren Regelung bleiben, dass die Gesundheitskosten durch Beiträge finanziert werden. Die Gesundheitsministerin hat bereits viel zu weitgehende Zugeständnisse gemacht.

**Prof. Dr. Siegfried Hauser** Direktor der Abteilung für empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Eine solche Finanzierung ist systemkonform.

**Dr. Roland Döhrn** Leiter des Kompetenzbereichs "Wachstum und Konjunktur", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Ein nicht rückzahlbarer Zuschuss würde den gewünschten Druck auf die Krankenkassen vermindern, mit dem Geld der Beitragszahler sparsam umzugehen.

**Prof. Dr. Johannes Schneider** Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Katholische-Universität Eichstätt-Ingolstadt:

Ja, zu Recht, die Ministerin sollte allerdings strukturelle Reformen im "Selbstbedienungsladen" Gesundheitswesen auf den Weg bringen.

**Dr. Alfred Boss** Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Der reguläre Zuschuss an die GKV steigt von Jahr zu Jahr. Die GKV sollte, was die sonstigen Einnahmen betrifft, autonom sein und notfalls Zusatzbeiträge erheben. Es kann nicht vernünftig sein, die Haushalte des Bundes und die der Kassen noch mehr zu vermengen.

**Prof. Dr. Christoph M. Schmidt** Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Finanzierungsprobleme sollten möglichst innerhalb der jeweiligen Parafisci gelöst werden. Ein nicht rückzahlbarer Zuschuss würde zudem den gewünschten Druck vermindern, dass die Krankenkassen mit dem Geld ihrer Beitragszahler sorgsam umzugehen.

**Dr. Boris Augurzky** Kompetenzbereichsleiter "Arbeitsmärkte, Bevölkerung, Gesundheit", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Es muss transparent sein, was Gesundheit kostet. Wenn sie nicht mehr finanzierbar ist, müssen neue Wege beschritten werden. Das nächste Jahrzehnt wird uns noch genug Finanzierungslücken im Gesundheitswesen bescheren. Es kann nicht sein, dass jede Lücke nur mit mehr Geld geschlossen wird. Vielmehr müssen auch die „heiligen Kühe“ angegangen werden und z.B. im



Bereich der niedergelassenen Ärzte und bei Apotheken die Effizienz erhöht werden –  
Stichwort Kettenbildung.

**Stefan Maly** Analyst, Cortal Consors S. A.:

Auch für die Krankenkassen gilt, was auch schon bei Opel und Arcandor diskutiert wurde. Die Wirtschaftskrise verschärft nur die Probleme, die schon lange systembedingt vorhanden sind. Deshalb darf jetzt keine "extra Finanzspritze" gewährt werden. Vielmehr müssen die Probleme von der Wurzel her angegangen werden.

**Wolfgang Pflüger** Chef-Volkswirt, Berenberg Bank:

Das erste Quartal brachte einen Überschuss. Erst muss gespart werden. Dann kann man immer noch weiter sehen. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es keinen Entscheidungsbedarf.

**Prof. Dr. Ansgar Belke** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Weil die Schulden 2011 an den Bund zurückgezahlt werden müssten, wachse der Druck auf die Krankenkassen, schon bald Zusatzbeiträge von den Versicherten einzutreiben. Sie wollen nach eigenen Aussagen den Versicherten Zusatzbeiträge mit allen Mitteln ersparen, denn Zusatzbeiträge seien eine besonders perfide Form der Privatisierung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Kostenbewusstsein zu schärfen ist aber per se nicht perfide. Mit diesem Attribut sind demgegenüber wohl eher die drohenden unspezifischen Steuererhöhungen für alle zur Finanzierung der überbordenden Staatshilfen zu versehen.

**Dr. Stefan Kooths** Abteilung Konjunktur, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung:

Eine Staatshilfe ohne Rückzahlungspflicht läuft auf eine Steuerfinanzierung von Gesundheitsleistungen hinaus – dies widerspricht jedoch dem Konstruktionsprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung in dem Maße, wie es sich dabei nicht um einen expliziten Ausgleich für versicherungsfremde Leistungen handelt. Mehr denn je kommt es aber künftig darauf an, Gebühren- bzw. Beitragsfinanzierungsmodelle zu stärken, um die Leistungshöhe stärker an der Zahlungsbereitschaft der Leistungsnutzer zu orientieren. Eine Steuerfinanzierung unterbricht diesen Zusammenhang und führt an anderer Stelle (nämlich dort, wo die Steuern erhoben werden) zu einem verzerrenden Abgabenkeil, der sich zwischen Produktionskosten und Marktpreis klemmt; dieser führt ebenfalls vom optimalen Mengenniveau weg und schmälert so insgesamt die Produktivität einer Volkswirtschaft.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die Belastung der Krankenkassen kommt nicht unerwartet. Der Rückgang auf der Einnahmenseite zwingt wie bei anderen Unternehmen auch, Möglichkeiten der Kostenreduktion, etwa im Verwaltungsbereich, auszuloten.

**Prof. Dr. Friedrich Breyer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Die gesetzlichen Krankenkassen sollten nicht einmal Darlehen erhalten, sondern wenn nötig Zusatzbeiträge erheben. Dies würde die Kosten des Krankenversicherungsschutzes für den Bürger transparent machen. Transparenz ist ihrerseits eine Voraussetzung für eine rationale gesellschaftliche Debatte über das Ausmaß eines finanzierbaren Leistungskatalogs in der GKV.



**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die aktuellen Finanzierungsprobleme der GKV ergeben sich zwar vor allem durch einen konjunkturbedingten Einbruch der Einnahmen. Im mehrjährigen Durchschnitt muss sich das Gesundheitssystem aber selber tragen, sonst gibt es keinerlei wirksame Bremse für steigende Ausgaben mehr. Zugleich entgleitet auch den Wählern die Kontrolle über politische Entscheidungen wie die letzte Finanzierungsreform. Dem Fonds einen Kredit zu gewähren, der auf Dauer durch höhere Beiträge wieder getilgt werden muss, ist daher momentan die angemessene Lösung.

**Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Das Problem ist systembedingt, das Darlehen wird nie zurückgezahlt werden können.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es dürfen jetzt nicht alle ordnungspolitischen Dämme brechen. Die GKV ist eine Versicherung und (noch) kein staatlicher Gesundheitsbetrieb.

**Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann** Lehrstuhl am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Im Grunde ist die GKV ja pleite und dürfte keinen Kredit mehr erhalten, sondern müsste abgewickelt werden.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

*Pacta sunt servanda* - auch wenn der Gesundheitsfonds als Ganzes Murks ist.

**Prof. Dr. Oliver Landmann** Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Der Gesundheitsfonds ist und bleibt eine Fehlkonstruktion. Aber die wird nicht dadurch besser, dass wir jetzt die Gesundheitspolitik in ein Instrument der Konjunkturpolitik umfunktionieren.

**Prof. Dr. Robert Schwager** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Ob jetzt oder später Steuergelder in den Gesundheitsfonds fließen, ist egal; transparenter ist es, wenn es sofort geschieht.

### FRAGE

---

**Die Porsche AG ist wegen des Engagements bei VW finanziell in Schwierigkeiten geraten und ist derzeit auf der Suche nach Kreditgebern. Dazu bemüht sich der Konzern auch um einen Kredit von 1,75 Milliarden Euro bei der staatseigenen KfW. Sollte Porsche einen Kredit von der KfW bekommen?**

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Porsche ist selbst schuld.



**Dr. Klaus Schrüfer** Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

In diesem Fall ist die Strategie eines Unternehmens nicht aufgegangen. Dafür darf der Staat nicht mit in die Verantwortung genommen werden.

**Prof. Dr. Clemens Fuest** Direktor, University of Oxford Centre for Business Taxation:

Das ist Sache privater Investoren.

**Dr. Wolf-Heimo Grieben** Juniorprofessur für Volkswirtschaftslehre, Universität Konstanz:

Das Risiko einer etwaigen Fehlspekulation bei Unternehmensübernahmen hat selbstverständlich das übernehmende Unternehmen selbst zu tragen, keinesfalls der Staat. Außerdem ist aus Wettbewerbssicht noch zu fragen, ob solche Übernahmen (egal wer nun wen übernimmt) überhaupt wünschenswert sind (für wen eigentlich?). Wobei das jetzt natürlich nichts weiter ist als das Nachplappern von „ordnungspolitischen Binsenweisheiten“.

**Volker Hofmann** Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Staatliche Hilfen für Unternehmen müssen in einer Marktwirtschaft eine absolute und wohlbegründete Ausnahme sein.

**Prof. Dr. Alfred Greiner** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Universität Bielefeld:

Ja, falls Porsche ein tragfähiges Konzept vorlegen kann, das eine Rückzahlung des Kredites in angemessener Zeit erwarten lässt; ansonsten nein.

**Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen** Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Sollen wir denn alles durch Staatsknete stützen?

**Prof. Dr. Johann Eekhoff** Lehrstuhl am Wirtschaftspolitischen Seminar, Universität Köln:

Der Staat und letztlich die Bürger sollten nicht für finanzielle Fehlspekulationen von Unternehmen bezahlen.

**Prof. Dr. Heinz Gert Preusse** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Universität Tübingen:

Das wäre ordnungspolitisch geradezu absurd!

**Dr. Roland Döhrn** Leiter des Kompetenzbereichs "Wachstum und Konjunktur", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Porsche ist durch eine Management-Entscheidung in Probleme geraten. Es kann nicht Aufgabe des Staates bzw. sein, immer dann einzuspringen, wenn Manager sich verkalkuliert haben.

**Prof. Dr. Johannes Schneider** Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Katholische-Universität Eichstätt-Ingolstadt:

Es gibt kein gesamtwirtschaftliches Interesse.



**Dr. Alfred Boss** Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft  
Kiel:

Kein Unternehmen sollte von der KfW – staatlich abgesichert – Kredit erhalten. Wenn die Banken adäquat kapitalisiert werden, dann können sie wieder ihr ureigenes Geschäft voll wahrnehmen. Es ist aberwitzig, dass „Lenkungsgremien“ verschiedener Art über Kredite entscheiden. So etwas gab es doch eigentlich nur im real existierenden Sozialismus.

**Prof. Dr. Christoph M. Schmidt** Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für  
Wirtschaftsforschung (RWI):

Es ist in der Sozialen Marktwirtschaft nicht Aufgabe des Staates, die Ergebnisse von Marktprozessen umzukehren. Für offensichtliche Managementfehler müssen die Eigentümer von Unternehmen haften.

**Dr. Boris Augurzky** Kompetenzbereichsleiter "Arbeitsmärkte, Bevölkerung, Gesundheit",  
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Porsche ist nicht systemrelevant. Außerdem scheint es offenbar auch noch andere Optionen zu geben.

**Prof. Dr. Kai Carsensen** Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für  
Wirtschaftsforschung :

Die Schwierigkeiten resultieren aus einer unternehmerischen Entscheidung, die - wäre alles gut gegangen - den Porsche-Eigentümern große Chancen eröffnet hätte. Daran hätte der Staat nicht partizipiert. Nun ist nicht einsichtig, warum etwaige Probleme durch staatliche Intervention gelöst werden sollen. Es deutet sich ja auch eine privatwirtschaftliche Lösung an.

**Dr. Hans-Joachim Haß** Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik, Bundesverband der Deutschen  
Industrie e.V.:

Zum einen sind die KfW-Kredite auf 300 Mio limitiert, zum anderen haben die Porsche-Schwierigkeiten ihre Ursache nicht in der Finanzkrise.

**Stefan Maly** Analyst, Cortal Consors S. A.:

Der Staat darf nicht für die finanziellen Fehlentscheidungen des Management haftbar gemacht werden.

**Wolfgang Pflüger** Chef-Volkswirt, Berenberg Bank:

Porsche ist nicht systemrelevant. Es handelt sich um eine private Fehlspekulation, für die die Allgemeinheit nicht haftbar gemacht werden kann/darf.

**Prof. Dr. Ansgar Belke** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik,  
Universität Duisburg-Essen:

Porsche sollte keinen Kredit vom Staat erhalten, weil insbesondere dieses Unternehmen nicht durch die Wirtschaftskrise in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist, sondern sich mit der angestrebten VW-Übernahme verzockt und somit selbst in diese Lage gebracht hat. Der Konzern muss sich eigenständig um eine Lösung bemühen und das anscheinend dringend benötigte frische Kapital bei privaten Investoren, bspw. seien hier die Verhandlungen mit dem Emirat Katar über einen Einstieg genannt, beschaffen.



**Dr. Stefan Kooths** Abteilung Konjunktur, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung:

Es dürfte schwer sein, den Förderauftrag der KfW mit dem Ansinnen der Porsche AG in Übereinstimmung zu bringen. Letztlich geht es ja nur darum, ob die Porsche AG die Volkswagen AG übernehmen oder mit dieser zumindest auf Augenhöhe fusionieren kann. Ein gesamtwirtschaftlicher Vorteil ist hierbei nicht erkennbar und ein KfW-Engagement daher unbegründet.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Große Unternehmen sollten die langsam genesenden Wertpapiermärkte nutzen, um sich mit frischem Kapital zu versorgen.

**Prof. Dr. Friedrich Breyer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Porsche ist nicht durch die Finanzkrise in eine Schieflage geraten, sondern durch Managementfehler. Daher darf man die Aktionäre nicht aus der Haftung entlassen.

**Lothar Heßler** Direktor Treasury Research, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG:

Einem gesunden Unternehmen sollte Kredit zu Marktkonditionen nicht verweigert werden.

**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die Schwierigkeiten bei Porsche wurden durch die Finanzkrise bestenfalls ausgelöst - die eigentliche Ursache sind unternehmerische Entscheidungen aus der Zeit vor der Krise, die schon damals betriebswirtschaftlich kaum nachvollziehbar waren. Eigentümer und Management müssen dafür wohl oder übel selbst die Verantwortung übernehmen.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Einen Kredit sollte es nur gegen eine entsprechende Risikoprämie geben.

**Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Private Zockereien von Unternehmen und deren Managern sollten keinesfalls mit Staatsgeld belohnt werden. Weder beim Continental-Abenteuer von Frau Schaeffler noch bei Porsche-VW sollte der Staat eingreifen. Das regeln die Kapitalmärkte. Herr Wiedeking kann ja einen Teil der 77,4 Mio. Gehalt (mit Bonus) einsetzen, die er vor einem Jahr meiner Meinung nach völlig ungerechtfertigt kassiert hat und mit denen er erneut der Top-Verdiener Europas wurde.

**Prof. Dr. Ernst Eberlein** Lehrstuhl für Mathematische Statistik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die derzeitigen Schwierigkeiten der Porsche AG sind durch gravierende Fehleinschätzungen des Managements verursacht. Das Unternehmen muss die Konsequenzen deshalb selbst tragen.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Der Fonds hat klare Regeln, die dies ausschließen. Porsche hat sich verzockt und muss das selbst ausbaden.



**Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann** Lehrstuhl am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Nein, weil der Staat nicht dazu da ist, private Übernahmen zu finanzieren. Aber gönnen würde ich es Porsche schon, weil der Deal nur an der überholten Beteiligung Niedersachsens an VW zu scheitern droht. Herr Wulff der bessere Unternehmer?

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Am Zuge sind die Eigentümer, Porsche und Piech.

**Prof. Dr. Oliver Landmann** Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Das Ausbügeln von unternehmerischen Managementfehlern mit Steuergeldern, und unter dem Deckmantel der Konjunkturstützung, verdient keine Unterstützung.

**Prof. Dr. Robert Schwager** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

In der Marktwirtschaft darf es keine Steuergelder für Unternehmen geben.